

Ansprechpartnerin:

Tina Mutert
Telefon: + 49 (0)340 2103 3561
E-Mail: tina.mutert@uba.de

Projektleitung:**Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ**

Department Umwelt- und Planungsrecht
Permoserstraße 15 | 04318 Leipzig
Ansprechpartner: Prof. Dr. Wolfgang Köck & Dr. Jana Bovet
Telefon: +49 (0)341 235 1639
E-Mail: jana.bovet@ufz.de

**Projektpartner:****Juristenfakultät der Universität Leipzig**

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Umwelt- und Planungsrecht
Burgstraße 21 | 04109 Leipzig
Ansprechpartner: Prof. Dr. Kurt Faßbender
Telefon: +49 (0)341 9735 135
E-Mail: fassbender@uni-leipzig.de

**team ewen**

Ludwighöhstraße 3 | 64285 Darmstadt
Ansprechpartnerin: Carla Schönfelder
Telefon +49 (0)6151 950485 16
E-Mail: cs@team-ewen.de

**Herausgeber:**

Umweltbundesamt

Internet: www.umweltbundesamt.de

/umweltbundesamt.de
 /umweltbundesamt

Bildquellen:

Titel: © Alexander Thewalt
1. Seite Innen: © Ansgar Wernst
2. und 3. Seite innen: © André Künzelmann (UFZ)

Stand: Januar 2016

1. Fachgespräch: „Anforderungsprofil an eine umweltgerechte Bedarfsplanung im Infrastrukturrecht“

Montag, 21. März 2016, 10 - 16 Uhr
Geschäftsstelle Helmholtz-Gemeinschaft
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin

Begrüßung (UFZ & BMUB)**Hintergründe des Forschungsvorhabens (UBA)****Begriff, Systematisierung & Anforderungsprofil**

Impulsvortrag: Prof. Dr. Wolfgang Köck,
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
(UFZ), Leipzig

Kommentar: Prof. Dr. Gerd Winter,
Forschungsstelle für Europäisches
Umweltrecht, Bremen

Kommentar: Prof. Dr. Alexander Roßnagel,
Universität Kassel

Diskussion

Mittagspause**Kontrolle & Rechtsschutz**

Impulsvortrag: Prof. Dr. Kurt Faßbender,
Universität Leipzig

Kommentar: Rechtsanwalt Dr. Remo Klinger, Berlin
Diskussion

Kaffeepause**Prognoseanforderungen**

Impulsvortrag: Dr. Stefan Möckel,
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
(UFZ), Leipzig

Kommentar: RiBVerwG a.D. Günter Krauß, Leipzig
Diskussion

Abschlussdiskussion

Das Instrument der Bedarfsplanung Rechtliche Möglichkeiten für und verfahrensrechtliche Anforderungen an ein Instrument für mehr Umwelt schutz (11/2014 – 8/2016)

Für Mensch & Umwelt

Umwelt
Bundesamt

Auf dem Weg zu einer umweltgerechten Bedarfsplanung

Hintergrund

Die Nutzung der natürlichen Ressourcen an den Tragkapazitäten der Umwelt und den dafür maßgebenden Umweltqualitätszielen zu orientieren, ist eine Kernaufgabe der Nachhaltigkeitspolitik, die bislang noch unvollkommen im Rechtssystem verankert ist. Landnutzungs- und damit auch umweltrelevante öffentliche Infrastrukturvorhaben, wie Großflughäfen, Verkehrswege, Höchstspannungsleitungen oder Fernversorgungsleitungen unterliegen zwar einer Bedarfsprüfung, ob hierbei aber den Erfordernissen des Umweltschutzes im Sinne der Orientierung an den Belastungsgrenzen und der wirksamen Umweltvorsorge ausreichend Rechnung getragen wird, ist zweifelhaft. Hier setzt das UBA-Forschungsprojekt „Bedarfsplanung“ an, dem es insbesondere um die Frage geht, inwieweit eine wirksame Umweltvorsorge durch die Ermittlung und Bewertung des Bedarfs umweltrelevanter Vorhaben sichergestellt werden kann.

Ziele

Das Projekt „Bedarfsplanung“ zielt auf die Erarbeitung von Empfehlungen, wie eine Bedarfsplanung für umweltrelevante öffentliche Vorhaben ausgestaltet sein sollte, damit sie der Umwelt bestmöglich nützen kann und zugleich den rechtlichen Anforderungen sowie den Anforderungen an ein gutes Verfahren genügt.



Inhalt

Das Projekt „Bedarfsplanung“ entwickelt ein Begriffsverständnis und eine Systematik der Bedarfsplanung sein Augenmerk insbesondere auf den Aspekt der wirksamen Umweltvorsorge im Sinne einer effektiven Berücksichtigung von Umwelterfordernissen und entwickelt ein Anforderungsprofil für eine umweltgerechte Bedarfsplanung.



Dies geschieht auf der Basis verfassungsrechtlicher Überlegungen sowie einer Bestandsaufnahme und Untersuchung der Ziele und Aufgaben etablierter Bedarfsprüfungen und -planungen. Dabei werden nicht nur Bedarfsplanungen untersucht, die in eine Feststellung des Bedarfs für umweltrelevante Vorhaben münden, zum Beispiel für Fernstraßen und bestimmte Stromtrassen. Das Vorhaben nimmt auch Bedarfsplanungen in den Blick, die zwar nicht unmittelbar umweltrelevant sind, die aber für die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung interessant sein können, wie die Schulentwicklungsplanung und die Krankenhausentwicklungsplanung.



Die gewonnenen Erkenntnisse münden in Vorschläge für die Weiterentwicklung des Instruments der Bedarfsplanung.

Fachgespräche

Im Frühjahr 2016 wird ein Fachgespräch mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis stattfinden, um insbesondere das Anforderungsprofil zu präsentieren und zu diskutieren. Ein weiteres Fachgespräch wird sich mit Fragen der Umsetzung und der Anpassung im Hinblick auf ausgewählte spezifische Bedarfsplanungen befassen.